



Niederschrift

45. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 11.12.2007
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:58 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Blume, Marie	SPD	
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend bis 19:05 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Anton, Torsten	DIE LINKE	
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	
Frau Busch, Jutta	DIE LINKE	
Frau Gerber, Heiderose	Die Andere	
Herr Jutzi, Jörg	DIE LINKE	
Herr Puschmann, Wolfgang	Seniorenbeirat	
Herr Schilke, Florian	CDU	
Frau Müller, Elona Beigeordnete Soziales, Jugend, Ge- sundheit		

Nicht anwesend sind:

Frau Geywitz, Klara	SPD	entschuldigt
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	entschuldigt
Frau Basekow, Angela AWO Kreisverband Potsdam		entschuldigt
Frau Bluhm, Regina		entschuldigt
Herr Buschmann, Jan	Familien-Partei	entschuldigt
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	nicht anwesend
Herr Nowak, Benedikt		nicht anwesend
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 20.11.2007
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Sachstandsbericht zum ambulant betreuten Wohnen für alkoholabhängige Suchtkranke in der Landeshauptstadt Potsdam durch den Träger SinAlkol e.V.
- 4 Information zur Umsetzung der Erklärung von Barcelona
- 5 Prüfung von Betriebskostenabrechnungen
Vorlage: 07/SVV/0835
Fraktion Die Andere
- 6 Persönliches Budget für Behinderte
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Schulze.

Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Schulze schlägt vor, die Tagesordnung um einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Persönliches Budget“ nach TOP 5 zu ergänzen.

Frau Schulze fragt Frau Busch, ob zur Drucksache 07/SVV/0835 (Prüfung von Betriebskostenabrechnungen) ein Gespräch der Fraktion Die Andere mit dem Mieterverein Babelsberg stattgefunden hat.

Da Frau Busch dies verneint, regt Frau Schulze an, die Drucksache 07/SVV/0835 zurückzustellen.

Herr Krause erklärt, dass er den in der letzten Sitzung zu dieser Drucksache eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE zurückzieht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 **Bestätigung des Protokolls vom 20.11.2007**

Herr Näder bittet um folgende Korrektur zum Tagesordnungspunkt 4, Seite 4 des Protokolls:

„*Herr Näder informiert, dass er seit Jahren bemüht ist, ein Bürgerhaus für die **Brandenburger Vorstadt** und **Potsdam West** zu initiieren...*“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem korrigierten Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Information zu den Ergebnissen der Schuleingangsinformationen

Frau Linke informiert anhand von Folien über die Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen.

Sie weist darauf hin, dass bei den Einschülern 2007 Handlungsbedarf bei Sprachheilbehandlung besteht.

Anschließend gibt sie einen Überblick über die Einschüler mit frühförderrelevanten Befunden sowie über die Rangfolge der Befunde insgesamt.

Frau Linke macht darauf aufmerksam, dass eine Zusatzqualifizierung für Erzieherinnen in Kitas angeboten wird, um den Sprachstörungen entgegenzuwirken.

Frau E. Müller ergänzt, dass die Erzieherinnen aufgrund des Betreuungsschlüssels nur geringe Möglichkeiten haben, in der Praxis diesbezüglich ausreichend tätig zu werden.

Frau Blume fragt, wie die Eltern einbezogen werden, um Veränderungen herbeizuführen.

Frau Linke erklärt, dass hier immer mit den Eltern gemeinsam überlegt wird, welche Therapie für die Kinder die beste ist.

Frau Dr. Müller fragt, wie die Eingruppierung in die Gruppen des Sozialstatus erfolgt. Hier gibt es ihrer Ansicht nach viele unterschiedliche Faktoren.

Frau Linke erklärt, dass Studie belegen, dass das Bildungsniveau der Eltern eine große Rolle spielt.

Herr Gohlke bittet, die Rangfolge der Befunde zum Protokoll zu geben.

Nationaler Aktionsplan

Frau E. Müller verweist auf die Anfrage 07/SVV/1009 der Fraktion DIE LINKE, die durch sie in der Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2007 mündlich beantwortet wurde. Daraus ergab sich die Bitte, darüber im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu berichten.

Frau Fisch informiert kurz über die Tagung, an der sie als Vertreterin der Landeshauptstadt Potsdam teilgenommen hat.

Es gab zwei Schwerpunktthemen, mit denen sich der Kongress befasst hat. Es sollen obdachlose Menschen von der Zuzahlung für Medikamente und der Praxisgebühr weiterhin befreit werden. Für die unter 25-Jährigen Leistungsbezieher nach dem SGB II sollten bei Sanktionen zukünftig die Leistungen für die Kosten der Unterkunft generell ausgenommen werden, um die Obdachlosigkeit der Jugendlichen zu verhindern.

Frau E. Müller ergänzt, dass die Landeshauptstadt Potsdam diese Punkte unterstützt. Sie macht auch deutlich, dass die PAGA laut Aussage des Geschäftsführers grundsätzlich bei Sanktionen keine Kürzungen der Kosten der Unterkunft vornimmt.

Behindertengerechte Nutzung des Busbahnhofs.

Herr Pfefferkorn nimmt Bezug auf den Beschluss 07/SVV/0885 und informiert, dass bei Kontrollen in den vergangenen Tagen nicht festgestellt werden konnte, dass die Übergänge mit abgesenkten Bordsteinen durch Busse verstellt waren. Auch aus dem Gespräch mit dem Behindertenbeauftragten konnte entnommen werden, dass es keine diesbezüglichen aktuellen Beschwerden gibt. Das Fahrpersonal der Verkehrsunternehmen ViP und HVG wurde in Dienstweisungen und Belehrungen darauf hingewiesen, dass die behindertengerechten Übergänge freizuhalten sind.

Unterbringung von Flüchtlingen

Frau E. Müller informiert, dass derzeit die europaweite Ausschreibung zur Unterbringung ausländischer Flüchtlinge vorbereitet wird.

Die europaweite Ausschreibung ist aufgrund des jährlichen finanziellen Volumens notwendig.

Die Ausschreibung wird bezüglich des Standortes oder der Standorte in der Landeshauptstadt Potsdam keine Einschränkung beinhalten, d. h. die Form bezüglich der Unterbringung der ausländischen Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften oder in Wohnungen wird offen gehalten. Selbstverständlich ist auch das Gebot der Wirtschaftlichkeit zu beachten.

Die Leistungsbeschreibung wird vor Initiierung der Ausschreibung dem Hauptausschuss sowie dem Arbeitskreis „Wohnen und Unterbringung“ vorgestellt.

zu 3

Sachstandsbericht zum ambulant betreuten Wohnen für alkoholabhängige Suchtkranke in der Landeshauptstadt Potsdam durch den Träger SinAlkol e.V.

Herr Schlage gibt eine kurze Einleitung und informiert, dass Mitte 2006 die ersten Patienten aufgenommen wurden.

Herr Heinze gibt eine Übersicht über die Belegung in den Jahren 2006 und 2007. Er informiert, über das Durchschnittsalter, die Altersverteilung sowie die durchschnittliche Verweildauer seit Juli 2006 und dem Verbleib der Patienten nach Verlassen der Einrichtung. Anschließend gibt er einen Überblick über die Herkunft der Bewohner.

Frau Gerber fragt nach dem Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen.

Herr Heinze erklärt, dass bisher 2 Frauen und 27 Männer in der Einrichtung waren.

Frau Blume fragt, ob eine Nachsorge erfolgt, wenn ein Bewohner aus der Einrichtung in eine WG o.ä. zieht.

Herr Heinze erklärt, dass es seit dem 1.11.2007 eine positive Entscheidung der LHP zur Durchführung der ambulanten Fürsorge für Einzelwohnen gibt. Diese kann jetzt erfolgen.

Frau Schulze fragt, mit welchen anderen Trägern und Einrichtungen es eine Zusammenarbeit gibt und woher die Bewohner kommen.

Herr Heinze informiert, dass es eine enge Zusammenarbeit mit allen Suchtberatungsstellen gibt. Es besteht aber auch Kontakt zu den Kliniken. Zum überwiegenden Teil sind die Bewohner Potsdamer, die in den genannten Einrichtungen zur Therapie waren. Er weist darauf hin, dass laut Vereinbarung nur Plätze an Menschen aus anderen Gemeinden vergeben werden dürfen, wenn lange Zeit keine Plätze an Potsdamer vergeben werden können.

Herr Schlage ergänzt, dass es bisher nur 2 Bewohner gab, die keine Potsdamer waren.

zu 4 Information zur Umsetzung der Erklärung von Barcelona

Frau K. Schulz erklärt kurz Anlass und Zielsetzung der Untersuchung, die neben der täglichen Arbeit durchgeführt worden ist. Sie zeigt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Übersichtsplan von Potsdam, in dem alle Bushaltestellen, öffentliche Einrichtungen und Straßenbahnlinien enthalten sind. Daraus werden Schlussfolgerungen gezogen, welche Einrichtungen wie durch öffentliche Verkehrsmittel zu erreichen sind. Es sind insgesamt 31 Untersuchungsgebiete entstanden. Sie zeigt anhand von Fotodokumentation den Zustand eines Bereiches der Innenstadt und macht dabei deutlich, dass es hier sehr viele Mängel und Hindernisse gibt. Die Kostenermittlung in diesem Untersuchungskreis hat einen Bedarf von ca. 200.000 Euro ergeben.

Herr Näder fragt, ob auch Kultureinrichtungen einbezogen werden.

Frau K. Schulz bestätigt, dass auch diese einbezogen werden.

Frau Paulsen fragt, wie hier eine Vernetzung erfolgt.

Frau K. Schulz erklärt, dass bei Straßenunterhaltungs- oder auch Neubauarbeiten darauf geachtet wird. Sie betont, dass Mittel für gesonderte Maßnahmen nicht zur Verfügung stehen.

Frau Paulsen weist darauf hin, dass sie oft beobachtet, dass die behindertengerechten Übergänge und Absenkungen zugeparkt werden. Hier sollte der Außendienst des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit aktiv werden. Auch Poller könnten an diesen Stellen aufgestellt werden.

Frau Schulze weist auf die diversen bereits vorhandenen Prioritätenlisten hin. Diese Maßnahmen müssen aufeinander abgestimmt werden. Sie fragt, ob es hier schon Absprachen gab.

Frau K. Schulz erklärt, dass es Abstimmungen mit dem Behindertenbeirat gibt. Konkrete Abstimmungen zu der vorgestellten Liste gab es noch nicht.

Herr Krause schlägt vor, diese Präsentation auch im Finanzausschuss vorzustellen. Auch zum Bürgerhaushalt sollte dies thematisiert werden.

Frau Busch fragt, ob auch die Neubaugebiete betrachtet werden.

Frau K. Schulz erklärt, dass man hauptsächlich die öffentlichen Einrichtungen betrachtet hat.

Frau Busch weist auf die derzeitigen Straßenbauarbeiten am Schlaatz hin. Hier sollte darauf geachtet werden, dass Bordabsenkungen eingerichtet werden.

Frau K. Schulz erklärt, dass darauf bereits in der täglichen Arbeit geachtet wird.

Herr Gohlke dankt für die Präsentation und bittet um Verfeinerung des Konzeptes sowie eine Auflistung der Wege, die am häufigsten frequentiert werden.

Frau K. Schulz erklärt, dass dies das Anliegen ist.

Herr Gohlke bittet die Verwaltung, die Schwerpunkte des Außendienstes auf das Gehwegparken vor öffentlichen Gebäuden zu legen.

Frau E. Müller wird dies an den Fachbereich Ordnung und Sicherheit weiterleiten. Sie weist aber auch darauf hin, dass es eine begrenzte Mitarbeiterschaft im Außendienst gibt, die ihre Bereiche abgehen und alle Verstöße aufnehmen.

zu 5 Prüfung von Betriebskostenabrechnungen
Vorlage: 07/SVV/0835

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 6 Persönliches Budget für Behinderte

Herr Soeffner erklärt, dass dies eine neue Leistungsform ist, die die Teilnahme der Menschen mit Behinderung am täglichen Leben ermöglicht bzw. erleichtert. Er erörtert anhand von Folien die gesetzlichen Grundlagen und weist darauf hin, dass das Budget antragsgebunden ist.

Herr Soeffner informiert, dass es in Potsdam derzeit 4 Budgetnehmer gibt. Ein weiterer Antrag liegt vor und wird bearbeitet.

Frau Schulze bittet, die vorgestellten Folien als Anlage zum Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Frau Schulze fragt nach dem Sachstand der Zielvereinbarungen.

Herr Soeffner erklärt, dass die Zielvereinbarung mit dem Budgetnehmer erfolgt.

Frau E. Müller macht deutlich, dass das persönliche Budget durch die Verwaltung grundsätzlich begrüßt wird. Der Schwerpunkt für Potsdam muss u.a. darin liegen, dass für eine fachliche Beratung und Begleitung der Antragsteller Sorge getragen wird.

zu 7 Sonstiges

Herr Näder berichtet aus der letzten Beratung des Behindertenbeirates und informiert, dass Rufbus der ViP für Rollstuhlfahrer ein Provisorium und keine endgültige Regelung ist.

Er weist darauf hin, dass der Behindertenaufzug im Bahnhof Griebnitzsee sehr oft defekt ist. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, auch vor dem Hintergrund, dass auf dem Bahnhof kein Personal tätig ist, welches den Menschen mit Behinderung den Zugang zum Bahnsteig bzw. das Verlassen des Bahnstieges zu ermöglichen.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:
15. Januar 2008; 18:00 Uhr**

**Jana Schulze
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Ausschussbetreuerin**